

Teil IV

Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt.
Laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.

Die Jahre 1945 bis 1989



**Kulturfeste
im Kulturhaus der Eisenbahner**

Der schwere Anfang nach dem Krieg

Kriegsrecht durch die Sieger des II. Weltkrieges

Mit der Kapitulation Deutschlands begann die Zeit des Kriegsrechts nach einem vom Hitlerfaschismus verursachten und verlorenen Krieges mit den unzähligen Opfern und Zerstörungen.

Im August 1945 wurde durch die Siegermächte das Potsdamer Abkommen, als Grundlage für die Wiedergutmachung der durch den Krieg angerichteten Schäden, der Bestrafung der Hauptverantwortlichen und der Grundlagen für die Entstehung eines neuen friedliebenden deutschen Staates, beschlossen. Im großem Rahmen gesagt, es war die Zeit des in den vier Besatzungszonen unterschiedlich angewandten Besatzungsrechtes, der Reparationsleistungen, der Bestrafung der Kriegsverbrecher, der Auswirkungen der neuen Grenzziehungen, die zusammen mit den Flüchtlingen, Ausgewiesenen, Ausgebombten und den zurückkehrenden ehemaligen Soldaten und Internierten, das tägliche Leben bestimmte. Der totale Zusammenbruch des öffentlichen Lebens und die damit verbundene katastrophale Versorgungslage sowie die Nazipropaganda von den "sowjetischen Untermenschen" prägten die Angst der Menschen.

Zum Neuanfang gehörte unbedingt die Beseitigung der Kriegsschäden, die Wiederingangsetzung der öffentlichen Ordnung, der Produktion in den Betrieben und das Bewohnbarmachen zerstörten Wohnraumes. Das größte aber auch wohl schwerste Problem lag darin, die tiefe Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit der Menschen zu überwinden. Es galt, trotz riesiger Schwierigkeiten, Hunger, Elend und den schmerzlichen Erlebnissen, neuen Mut zu finden. Ob bewußt oder unbewußt stand die Frage, was ist in Zukunft zu tun, daß so eine Katastrophe nie wieder eintritt.

„Nie wieder Krieg!“ - das war die Meinung und Erkenntnis der Mehrheit der Menschen in Deutschland, sie gab den Menschen wieder Hoffnung. Mit dieser Zielstellung identifizierte man sich und glaubte an diese Worte.

Leider wurden aus dem II. Weltkrieg keine Lehren gezogen. Hunderttausende Menschen starben seit damals wieder in der Welt in sinnlosen Kriegen für die Machtinteressen von Politikern oder einzelner Staaten.

Der Kampf gegen den Hunger - Der Bahnhof als Warenlager - Die Versorgung kommt mühsam in Gang

Zuerst mußte die Versorgung wieder in Gang gebracht werden. Es war für Neuseddin und die umliegenden Gemeinden von unschätzbarem Vorteil in dieser Situation einen so großen Güterbahnhof in unmittelbarer Nähe zu haben. Waggons, mit Lebensmitteln und Versorgungsgütern aller Art beladen, standen teils zerstört, teils aber auch noch intakt, auf dem Bahnhof herum und gaben der Bevölkerung in den ersten Tagen und Wochen nach Kriegsende die Möglichkeit zum Überleben. Eine regelmäßige Versorgung, auch Lebensmittelkarten, gab es ja nicht mehr. Alle Transportwege waren zerstört und vorhandene Lagerbestände Kriegsbeute der Sieger geworden. So war der Bahnhof für viele Menschen erst einmal die einzige Überlebenschance. Eine normale Versorgung kam nur recht schleppend und unregelmäßig in Gang. Frauen, Jugendliche und Kinder mußten anfangs die Hauptlast tragen, denn viele Männer waren im Krieg gefallen oder in Gefangenschaft geraten.

Trinkwasser - ein kostbares Gut

Für Neuseddin galt es das durch den Bombenangriff am 20.04.45 zerstörte Rohrnetz der örtlichen Wasserversorgung wieder in Betrieb zu nehmen. Zum Glück waren weder der Wasserturm noch die Pumpenanlagen beschädigt worden. Schon im Juli 1945 lief das Wasser wieder aus den Hähnen. Bis dahin mußten die Einwohner das benötigte Trink- und Waschwasser in Eimern von der einzigen im Ort stehenden Handpumpe vor dem zerstörten Haus in der Schmiedestraße holen, dem späteren Standort des ehemaligen Kulturhauses der Eisenbahner.

Reparaturen – Demontage – Arbeitseinsätze der Bevölkerung

Wie in allen Orten und Gemeinden wurde auch in Neuseddin die politische Gewalt von einem sowjetischen Ortskommandanten und außerdem von einem Militärkommandanten im Bahnbetriebswerk ausgeübt. Letzterer

unterstand der Eisenbahnkommandantur der Sowjetarmee, die in den ersten Nachkriegsjahren noch ihren Sitz in der Straße "Am Sandwerder" in Berlin-Wannsee im amerikanischen Sektor hatte. Die Ortskommandantur selbst befand sich im Gemeindebüro in der Waldstraße.

Vom Ortskommandanten wurde im Mai 1945 verfügt, daß alle arbeitsfähigen Einwohner Arbeitseinsätze leisten mußten. Überwiegend waren davon Frauen und Jugendliche betroffen, da es ja kaum arbeitsfähige Männer im Ort gab. So wurden die Einwohner auch zu Arbeiten außerhalb des Ortes herangezogen.

Um sich vor diesen Arbeitseinsätzen zu drücken, war das Bemühen ärztliche Atteste zu erhalten bei manchen Einwohnern, besonders aber bei den anwesenden Männern sehr groß. Auf Veranlassung der Besatzungsmacht wurden 1946 Starkstrom- und Postkabel entlang der Leipziger Chaussee (B 2) ausgegraben und demontiert. Aber auch andere durch die Wälder verlaufende Kabelverbindungen, so zum Beispiel zwischen Neuseddin und Ferch oder entlang des sogenannten *Heuweges* zwischen Caputh und Beelitz, wurden als "Siegerbeute" abtransportiert. Die Telefonfreileitungen wurden ebenfalls zum Teil demontiert. Bei der Eisenbahn wurde, wie überall auf den Strecken, das 2. Gleis zwischen Berlin-Wannsee und Belzig abgebaut. Auch auf dem Bahnhof Seddin wurden ebenfalls Gleise abgebaut. So unter anderen alle unzerstörten Gleise des Militärbahnhofes. Zur Kriegsbeute oder zu Reparationsleistungen zählten aber nicht nur die Gleisanlagen, sondern auch Güterwagen. Eine Gruppe polnischer Eisenbahner war im Sommer 1945 auf dem Bahnhof Seddin tätig und kennzeichnete vor Ort Waggonen der Deutschen Reichsbahn in Wagen der polnischen Staatsbahn (PKP) um.

Zum überwiegenden Teil wurde aber die Neuseddiner Bevölkerung zu Aufräumarbeiten auf dem zerstörten Bahnhofsgelände des Rangierbahnhofes Seddin eingesetzt.

Weitere Arbeitsleistungen größeren Umfangs durch die Bevölkerung wurden auch im Gleisdreieck westlich des Bahnhofes durch die Besatzungsmacht angeordnet. Die Gleisverbindungen zwischen den Stellwerken Bla, Bea und Lia waren durch Bombenteppiche ebenfalls am 20.04.45 zerstört worden, wobei auch ein Lazarettzug getroffen wurde, der im Gleisabschnitt Lia-Bea stand.

Wieder eine deutsche Verwaltung - Neue Bürgermeister werden eingesetzt - Rechtsstaatlichkeit unter Besatzungsrecht

Bereits Anfang Mai 1945, wenige Tage nach der Besetzung, wurde durch den Ortskommandanten ein Bürgermeister eingesetzt. Dieser wurde jedoch schon nach wenigen Wochen Amtszeit verhaftet und in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Der nachfolgend eingesetzte Bürgermeister, mit perfekten polnischen und russischen Sprachkenntnissen, amtierte ebenfalls nur einige Monate bis zu seiner Verhaftung. Seine Familie wurde aus Neuseddin ausgewiesen.

Obwohl es in diesen Tagen kaum etwas zu kaufen oder verkaufen gab, forderte der Ortskommandant die Wiedereröffnung der Geschäfte. Der wichtigste Laden war dann die Bäckerei für die Einwohner. Im Mai 1945 erfolgte so gut wie keine Versorgung durch die Besatzungsmacht. Erst im Juni wurde einmal russischer Salzfisch (Blei) ausgegeben. Im Gegenteil, in den Monaten Mai, Juni wurden von Angehörigen der Kommandantur in den Neuseddiner Haushalten Durchsuchungen durchgeführt, um Lebensmittel, die von Plünderungen auf dem Bahnhof Seddin stammten, aufzuspüren und zu beschlagnahmen. Bei dieser Aktion wurden große Mengen Lebens- und Genußmittel vorgefunden und gleich mit LKW abtransportiert. Frisch gebackenes Brot gab es jedoch in Neuseddin schon in den ersten Maitagen. Dies war der Initiative des damaligen Bürgermeisters Marohn und des Bäckermeisters Riemann zu verdanken. Das Mehl wurde aus Eisenbahnwaggons auf dem Rangierbahnhof beschafft.

Mit dem Einsetzen einer deutschen Selbstverwaltung, richtiger gesagt Mitverwaltung, da das ausschließliche Weisungsrecht bzw. die Befehlsgewalt nur der Ortskommandant hatte, wurden auch einige als politisch unbelastet geltende Bürger als Ortspolizei eingesetzt. Ihre erste Aufgabe bestand darin, sämtliche in den Haushalten vorhandenen Rundfunkgeräte einzuziehen. Kein Deutscher durfte in diesen Tagen mehr im Besitz eines Radios sein. Hatten die Nazis zu Beginn des Krieges das Abhören ausländischer Rundfunksender verboten, so ging die Besatzungsmacht noch einen Schritt weiter und verbot den Rundfunkempfang erst einmal völlig, auch Schreibmaschinen und Ferngläser mußten abgegeben werden.

Zur Information der deutschen Bevölkerung wurde von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) dann im Juni 1945 eine von ihr herausgegebene Tageszeitung "Tägliche Rundschau" in Umlauf ge-

bracht. Die eingezogenen Rundfunkgeräte wurden, soweit noch vorhanden bzw. auffindbar, dann allerdings zu einem späteren Zeitpunkt nicht immer an die Eigentümer zurückgegeben.

Auf dem Sportplatz befand sich ein Sammellager für Kraftfahrzeuge. Die gesamte Fläche stand voller Fahrzeuge, die aus der näheren und weiteren Umgebung hier abgestellt wurden. Im Spätsommer und Herbst wurden diese Beutefahrzeuge auf der Ladestraße auf Eisenbahnwaggonen zum Abtransport in die Sowjetunion verladen. Interessenten konnten aber bereits vorher PKW's gegen Schnaps beim Bewachungspersonal tauschen.

Um sich gegenüber den Besatzungsbehörden legitimieren zu können, wurde schon im Jahre 1945 für die Bürger der Gemeinde Neuseddin, auf Weisung der örtlichen Kommandantur, ein formloser zweisprachiger Personalausweis eingeführt. Auf der linken Seite befanden sich das Lichtbild und die handschriftlich in russischer Sprache gemachten Angaben. Auf der rechten Seite die notwendigen Personalangaben in deutscher Schreibmaschinenschrift.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit war ein besonderes Anliegen des bis zum Oktober 1945 in Neuseddin tätigen Ortskommandanten. Es gab wenige Übergriffe, obwohl im Wald mehrere größere Soldatenlager waren. Vermutlich befanden sich in diesem Lager auch die Mehrzahl der aus Neuseddin und der Umgebung zu repatriierenden Sowjetbürger.

Zeitzeugen berichten von folgenden Waldlagern: Auf dem Gelände des heutigen Wohngebietes Beimlerstraße, am früheren Schießstand in Richtung Ferch, am Rädeler Weg (als Panzerstraße bekannt) sowie im Wald Richtung Kunersdorf.

An mehreren Stellen im Ort, so an den Ecken Schmiede/Thielenstraße und Schmiede-/Dr.Stapff-Straße, waren sogenannte Galgen aufgestellt. An ihnen waren leere Kartuschen als Ersatzglocken angebracht. Diese Glocken dienten zur Alarmierung des Ortskommandanten, wenn zum Beispiel Frauen im Ort durch Sowjetsoldaten belästigt wurden oder man sich am Eigentum der Einwohner vergriff. Leider war es in der ersten Besatzungszeit auch zu Vergewaltigungen gekommen. Mit dem Läuten dieser "Alarmglocken" konnte jeder Einwohner den Kommandanten auf den Plan rufen. Dieser reagierte sofort und schritt rigoros gegen die Übeltäter ein.

Einige Bürger der Gemeinde wurden in dieser Zeit verhaftet und kamen in ehemalige Konzentrationslager. Die einst von den Nazis für ihre Gegner eingerichteten KZ Sachsenhausen, später auch das berüchtigte KZ Buchenwald, wurden wieder benutzt. Die Verhaftungen erfolgten entweder auf Anzeigen aus deutschen Kreisen oder von ehemaligen Zwangsarbeitern. Denn woher sonst sollten wohl die Organe der Besatzungsmacht ihre Informationen so kurzfristig über ehemalige NSDAP-Mitglieder haben ? Einige Bürger entzogen sich diesem Risiko, indem sie untertauchten oder Selbstmord begingen. Von dem damals Verhafteten sind einige nie zurückgekehrt und in sowjetischer Haft gestorben.

Welche chaotischen Verhältnisse in punkto Rechtsunsicherheit im Sommer 1945 in Neuseddin herrschten, geht aus einem Zeitzeugen-Bericht einer damaligen Einwohnerin hervor:

"Mein Schwiegervater wurde wenige Wochen nach Kriegsende ohne Anklage oder Haftbefehl einfach ,abgeholt'. Um meinen und meiner Tochter Lebensunterhalt bestreiten zu können, hatte ich das Glück beim sowjetischen Ortskommandanten in der Küche arbeiten zu dürfen. Eines Tages erschienen bei uns in der Wohnung mehrere Männer eines sogenannten Antifa-Komitees und wollten Möbel beschlagnahmen. Es waren keine Neuseddiner Einwohner, sondern Fremde. Woher sie unsere Adresse hatten, weiß ich nicht. In meiner Not wandte ich mich sofort an den sowjetischen Kommandanten. Der machte dann schnell dieser Beschlagnahmeaktion ein Ende. So kamen wir noch einmal ungeschoren davon."

Parteien und Organisationen werden wieder zugelassen

Nachdem durch Befehle der SMAD im Juni 1945 die Bildung politischer Parteien und Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone zugelassen wurden, bildeten sich auch in Neuseddin Ortsgruppen der KPD und der SPD.

Zur Wahrnehmung spezieller Aufgaben wurden außerdem Ausschüsse gebildet. Besondere Bedeutung hatte der Ausschuß für Umsiedler, in erster Linie jedoch für die Umsiedler aus dem Sudetenland, die als sogenannte Antifaschisten nach Neuseddin gekommen waren. Diese hatten sogar per Eisenbahn einen Teil ihres Mobiliars und Hausrats mitnehmen können. Diese Umsiedler erhielten hier bevorzugt Wohnraum zugeteilt und übernahmen im Ort schon nach kurzer Zeit gleich politische Funktionen. Um

Wohnraum für die Flüchtlinge zu erhalten, zwang man einige ehemalige NSDAP-Mitglieder aus ihren Wohnungen auszuziehen und wies sie bei anderen ehemaligen Mitgliedern der Nazi-Partei mit ein. Auf diese Weise wurde erst einmal versucht, das Wohnungsproblem zu lösen.

Andere aus ihren Wohnungen ausgewiesene NSDAP-Mitglieder und ihre Familien wurden u.a. in die ehemaligen HJ und BDM Heime hinter dem Übernachtungsgebäude zum Wohnen eingewiesen.

Auch im Übernachtungsgebäude wurden zum Teil wieder Notwohnungen eingerichtet. Die ganze obere Etage wurde mit Flüchtlingen belegt. Zeitweise wohnten dann dort fünf bis sechs Familien. Den Flüchtlingen wurden, soweit wie möglich, auch Hausrat und Möbel zur Verfügung gestellt, teils aus Asservatenbeständen der Reichsbahn, teils durch Sammlungen in der Bevölkerung. Einen Lastenausgleich oder eine Entschädigung für das verlorene Hab und Gut in der alten Heimat erhielten die Flüchtlinge weder in der SBZ (Sowjetische Besatzungszone), noch in der späteren DDR.

Die für die Umsiedler organisierten Spendensammlungen fanden im Ort allerdings wenig Resonanz unter den Einheimischen. Der damalige Bürgermeister beklagte das mangelhafte Sammelergebnis, zumal *nach seiner Meinung* Böden und Keller mit Hausrat gefüllt waren. Warum verhielten sich die Menschen nach heutiger Sicht so unsolidarisch ? Sie hatten sich doch in den Jahren zuvor ganz anders gezeigt, als noch das Prinzip der "Volksgemeinschaft" die Propaganda beherrschte. Man muß dabei jedoch die damaligen Lebensumstände sehen. Es galt vor allem, zu überleben. Die eigene Familie, und die aus Krieg und der Gefangenschaft zurück erwarteten Angehörigen, galt es zu ernähren. Da Lebensmittel kaum für Geld zu erhalten waren, wurde der Hausrat zwangsweise für Tauschzwecke verwendet. So blieben die geforderten Spenden aus. Für Geld und gute Worte war auf dem Lande von den Bauern nichts zu bekommen. Hatte man aber Sachwerte im Tauschangebot, sah die Sache schon anders aus, das Geschäft florierte, und wenn es „ein Teppich für den Kuhstall“ war, den man für ein Paar Kilo Kartoffeln hingab. Es war wieder etwas zum Essen im Hause.

Die Spendenunlust der Neuseddiner Einwohner hatte aber auch viel mit dem Negativimage des Umsiedlerausschusses zu tun.

Dieser Ausschuß, der sich, wie bereits erwähnt, insbesondere mit der Interessenvertretung der aus der damaligen Tschechoslowakei ausgewiesenen Eisenbahner befaßte, fand kein positives Echo bei den Einwohnern. Besonders der Leiter dieses Ausschusses war durch sein rüdes Verhalten

gegenüber alteingesessenen Bürgern und Flüchtlingen, die nur mit wenig Habe im Rucksack gekommen waren, bald sehr unbeliebt.

Neulehrer an der Schule

Im Herbst 1945 wurde ebenfalls auf Weisung der sowjetischen Militärbehörden in der Ostzone, so auch in Neuseddin, der Schulunterricht wieder aufgenommen. Wie aber in allen Orten der SBZ stand das Lehrerproblem. Die ehemaligen Lehrkräfte waren meist "PG" gewesen und deshalb für eine Lehrtätigkeit nicht mehr zugelassen. Es begann die Zeit der "Neulehrer". Das waren geeignete junge Menschen ohne besondere Vorkenntnisse, die kurzfristig in Lehrgängen mit der Lehrtätigkeit vertraut gemacht wurden. Von einer fachlich pädagogischen Grundausbildung konnte dabei keine Rede sein.

Erst in den folgenden Jahren wurde eine "neue Lehrerelite" ausgebildet, die dann teilweise die Neulehrer ablöste.

Teilweiser Wiederaufbau in der Schmiedestraße

In der Zeit von Oktober 1945 bis Juni 1946 wurden in der Schmiedestraße sieben Wohnungen in den im Krieg teilzerstörten Häusern wieder bewohnbar hergerichtet. Die Baulücken sind bis heute im Ort noch zu sehen.

Die erste Kommunalwahl nach dem Krieg

Im Herbst 1946 fand die erste Kommunalwahl statt. Kandidaten durfte jede zugelassene Partei bis zu einem festgelegten Termin aufstellen. Dies tat eigentlich nur die SED, die nach der Zwangsvereinigung aus SPD und KPD in der SBZ im Juni 1946 entstanden war. Diese Vereinigung erfolgte zwar noch unter dem Eindruck der braunen Vergangenheit und des verlorenen Krieges und wurde auch von einem Teil der Mitglieder beider Parteien unterstützt, ausschlaggebend war aber der Druck hierzu von der sowjetischen Besatzungsmacht. Eine freie Abstimmung über das Für und Wider einer Vereinigung wurde unterbunden und fand dann nur in Westberlin statt. Die Mehrzahl der Mitglieder sprach sich dort erwartungsgemäß gegen die Vereinigung aus. Für die SPD in den Westzonen stand eine Vereinigung beider Arbeiterparteien sowieso nicht zur Debatte. In Neuseddin gab es am 1.5.1946 48 Mitglieder der SPD und 30 Mitglieder in der KPD. Zur Wahl

in Neuseddin wurden 24 Kandidaten aufgestellt. Ebenfalls standen zwei Kandidaten für den Kreistag zur Wahl. Am Wahltag machten über hundert Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch. Über einhundert ungültige Stimmen wurden ausgezählt. Dieses erste Wahlergebnis nach dem Kriege zeigte auch in Neuseddin schon ganz deutlich die Auswirkungen des Einflusses der Besatzungsmacht auf die Kommunalpolitik und die Behinderung der bürgerlichen Parteien. Die Zahl der ungültigen Stimmen und der Nichtwähler waren ein beredter Beweis dafür. Gleichzeitig kam damit auch die Abneigung gegen die nun wiederbeginnende Ein-Parteiherrschaft zum Ausdruck.

Im Jahre 1946 gab es wieder einen gedruckten Ausweis nur mit deutschem Text, der aber auch noch vom "Amtsvorsteher, als Ortspolizeibehörde Neuseddin" ausgestellt war. Dieser Ausweis galt bis zur Gründung der DDR 1949. Danach wurden dann einheitliche Personalausweise für die gesamte Republik eingeführt und von den Volkspolizei-Kreisämtern über ihre Meldestellen ausgegeben.

Da nach der bedingungslosen Kapitulation die nazistischen Symbole, wie Hakenkreuz und Hoheitsadler, in Siegelabdrucken und Dokumenten nicht mehr verwendet werden durften und es noch keine übergeordneten deutschen Behörden gab, die territorial entsprechende Kennzeichen einführen konnten, wurde anfangs nur der Kopf und der an den Adlerfüßen vorhandene Kranz mit dem Hakenkreuz einfach aus den alten Stempeln mit Rasierklingen herausgeschnitten. Etwas später wurde auch der Rest des Adlers amtlich ganz entfernt. Im Jahre 1947 wurde dann in Neuseddin ein neues gemeindeeigenes Siegel eingeführt, in dem der damals weithin sichtbare Wasserturm der Eisenbahn als Symbol und amtliches Kennzeichen für Neuseddin abgebildet war. Obwohl im Jahre 1952, mit der Gründung der Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg, ein neues Siegel eingeführt und das Gemeindesiegel damit eigentlich amtlich ungültig wurde, fand das alte Siegel, das auch gleichzeitig in der damaligen Oberschule Neuseddin als Schulsiegel für die Zeugnisse galt, bis zum Jahre 1990 Verwendung. Bis heute hat sich aber in vielen Publikationen für unseren Ort der Wasserturm als Symbol für Neuseddin erhalten.

Die Stimmungslage unter der Bevölkerung war im Wahljahr 1946 denkbar schlecht. Vor allem wurde sie durch die immer noch unzulängliche Ernährungslage stark beeinflusst. Die Rationen, die auf inzwischen wieder eingeführte Lebensmittelkarten nach Dekaden (10 Tage) zugeteilt werden sollten, konnten oftmals nicht rechtzeitig beliefert werden, obwohl die Bemü-

hungen hierzu durchaus vorhanden waren. Wer nicht die Lebensmittel Karte I für Schwerstarbeiter hatte, wurde sowieso nie satt. Am schlechtesten waren die Rentner und die sogenannte *nichtarbeitende Bevölkerung* mit Karte IV betroffen. Die Rationen waren zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. In der Landwirtschaft fehlte es an Vieh und Saatgut. Die Sowjetunion hatte auch die Marshall-Plan-Hilfe der Amerikaner für ihre Zone abgelehnt.

Ein Teil des Wenigen das vorhanden war, wurde von gewissenlosen Schiebern und Spekulanten auf dem sogenannten *Schwarzen Markt* noch illegal für horrenden Preise verkauft. So kostete zum Beispiel in den Jahren 1946 / 1947 ein Brot 60 bis 80 RM (Reichsmark). Eine Schachtel Süßstoff mit 100 Tabletten 30 RM. Eine deutsche Zigarette 6 bis 8 RM, eine „Ami-Zigarette“ sogar um die 12 RM. Viele, sonst ehrliche Neuseddiner Einwohner, sahen sich damals aus der Not heraus gezwungen, im Herbst von den Zügen Kartoffeln und Rüben „zu organisieren“ oder einen Teil ihrer verbliebenen Habe bei den Bauern gegen Lebensmittel einzutauschen.

Neuaufbau der Feuerwehr

Ab 1946 mußte auch in Neuseddin die freiwillige Feuerwehr wieder neu aufgebaut werden, da die alten Mitglieder der Wehr fast ausnahmslos in der Nazi-Partei gewesen waren. So wurde halt aus der Not eine Tugend und aus der "Freiwilligen" wurde einfach eine "Pflicht-Feuerwehr".

Diese Möglichkeit bestand gemäß Weisung der inzwischen eingerichteten Provinzialverwaltung der Mark Brandenburg. Diese Wehr rekrutierte sich zunächst aus 26 Männern.

Das Löschfahrzeug war 1945 von abziehenden Fremdarbeitern "mitgenommen" worden. Ein Einsatzfahrzeug stand daher nicht mehr zur Verfügung.



Die Motorspritze und ausreichend Schlauchmaterial waren aber vorhanden und auch einsatzbereit. Aus der Pflichtfeuerwehr wurde aber bald durch den Enthusiasmus der Mitglieder wieder eine freiwillige Feuerwehr. Jeder wollte ja schließlich beim Neuaufbau eines besseren Staatswesens seinen Beitrag leisten. Den Wehrleuten waren nur die Schutzhelme geblieben. Es fehlten die Uniformen. Die Männer der Wehr konnten dann in Potsdam von der inzwischen neu aufgestellten Polizei schwarz eingefärbte, ehemalige Wehrmachtsuniformjacken käuflich erwerben. Jeder bezahlte dafür 10,00 RM aus der eigenen Tasche.

Im Jahre 1947 stellte die Gemeindeverwaltung der Feuerwehr einen alten Mercedes-LKW bereit, der noch als Holzgaser betrieben wurde. Dieser Wagen wurde im Feuerlöschgerätewerk Luckenwalde kurzfristig zu einem Löschfahrzeug LF 8 umgebaut.



Erstes Einsatzfahrzeug nach dem Krieg

Die Freude über das neue Löschfahrzeug dauerte leider nicht lange. Als die Feuerwehren in Brandenburg wieder der Polizei unterstellt wurden, mußte dieses Fahrzeug auf Weisung des Volkspolizei-Kreisamtes Potsdam an die dortige Berufsfeuerwehr abgegeben werden.

Neuseddin erhielt dafür ein altes vollgummibereiftes Fahrzeug aus den zwanziger Jahren, das in der Stadt Beelitz ausgemustert war. Dieses Fahrzeug war leider für den Bereich der Gemeinde Neueseddin völlig ungeeignet, weil es die Neueseddiner Feuerwehr hauptsächlich mit Waldbränden zu tun hatte und das Fahrzeug auf den unbefestigten Waldwegen kaum vor-

wärts kam. Trotzdem war dieser alte Schlitten bis weit in die fünfziger Jahre hinein im Einsatz, ehe er durch ein modernes Fahrzeug aus neuer Produktion ersetzt werden konnte.

Der überwiegende Anteil der Waldbrände entstand an den Eisenbahnstrecken, wo durch den Funkenflug der mit Braunkohle befeuerten Dampflokomotiven die Brände ausgelöst wurden. Um diese Waldbrände frühzeitig erkennen zu können, wurde Anfang der fünfziger Jahre auf dem Wasserturm ein Waldbrand-Warnposten eingerichtet, der dann den Feueralarm auslöste.

Säuberungen und Entlassungen bei der Bahn

Ende 1946 setzte eine große Entlassungswelle bei der Eisenbahn ein. Alle ehemaligen Parteimitglieder der nun verbotenen NSDAP wurden kurzfristig entlassen. Da dann aber wieder Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der zerstörten Bahn-Anlagen und für die Inangangsetzung des Rangierbetriebes auf dem Bahnhof fehlten, wurden sie nach und nach wieder eingestellt.

Der Kalte Krieg zwischen den Siegermächten beginnt zwischen Ost und West

Die weitere Entwicklung in Neuseddin kann nicht losgelöst von den allgemeinen politischen Verhältnissen nach dem II. Weltkrieg in Deutschland betrachtet werden.

Nach der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945, die von den drei Siegermächten - Sowjetunion, USA und Großbritannien - (Frankreich war hier noch nicht vertreten) begann in Deutschland allmählich der Übergang vom Kriegs- zum Besatzungsrecht. Deutschland wurde auf dieser Konferenz in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Der geschaffene alliierte Kontrollrat in Berlin sollte eine Art gemeinsame Regierung für ganz Deutschland sein, aber jede Besatzungsmacht führte in ihrer Zone eine jeweils eigene Politik durch.

Die Enteignung der Großgrundbesitzer und die damit verbundene Bodenreform wurde nur in der SBZ konsequent durchgeführt. Eine sogenannte *Volksbefragung* für die Enteignung der Großindustrie fand 1946 nur in Sachsen statt. Sie hatte dort auch Erfolg. In den anderen vier Ländern der Ostzone wurde diese Entscheidung einfach übernommen, ohne demokratische Legitimation. Des gewünschten Votums der ganzen Bevölkerung war man sich wohl nicht sicher genug.

Nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands und der Errichtung der vier Besatzungszonen begann eine systematische Abschottung der östlichen von den drei westlichen Zonen. Damit einher ging auch die Unterbrechung der meisten Verbindungen zwischen Ost und West. Das hing vor allem mit der unterschiedlichen Wirtschaftspolitik zusammen. In der Ostzone wurde von Anfang an, nach sowjetischem Vorbild, auf sozialistische Planwirtschaft gesetzt, während in den Westzonen eine demokratische und nach der Währungsreform 1948 eine marktwirtschaftliche Entwicklung einsetzte. Dort wurden auf Grund der Proteste der Bevölkerung und der Landesregierungen die Demontagen von Industriebetrieben auch bald eingestellt. Schon am 25. Mai 1946 wurde durch den amerikanischen Militärgouverneur General Clay die vorläufige Einstellung der Demontagen in der amerikanischen Zone befohlen.

Ebenso verzichteten die Briten und Franzosen auch zum größten Teil auf Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion. Die ostdeutsche Wirtschaft hatte dagegen schwer unter den Demontagen und Reparationslieferungen zu leiden. So wurden beispielsweise im gesamten Streckennetz der Deutschen Reichsbahn die zweiten Gleise abgebaut und als Kriegsentschädigung für die durch die Deutsche Wehrmacht in der Sowjetunion angerichteten Schäden am sowjetischen Eisenbahnnetz verwendet.

Schon im Juli 1945 wurden auf Befehl der SMAD auf dem Territorium der SBZ fünf Provinzialverwaltungen bzw. Landesregierungen gebildet, um wieder eine funktionierende Verwaltung aufzubauen. Nur wenig später wurde als Hilfsorgan der SMAD und als Basis für die künftige Eigenverwaltung die Bildung von elf Zentralverwaltungen im Ostsektor von Berlin verfügt. Obwohl die Vier-Sektorenstadt Berlin unter besonderer Militärverwaltung aller vier Mächte stand, ignorierte die SMAD für den Ostsektor diese gemeinsame Verwaltung aller Vier-Sektoren. Der Ostsektor Berlins gehörte auch nicht zur Ostzone.

Die Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt erhielten im Jahre 1947, auf Grund des Beschlusses des alliierten Kontrollrates über die Auflösung des Staates Preußen, nun den Länderstatus. Damit wurde die föderative Struktur, wie sie bis 1933 in Deutschland bestand, wieder hergestellt.

In den Jahren 1946 bis 1948 erwies sich der Alliierte Kontrollrat immer mehr als unfähig, eine gesamtdeutsche Regierungsinstanz zu sein. Die Sowjets blockten alle westlichen Vorschläge diesbezüglich ab. Sie stimmten auch einer gemeinsamen Währungsreform nicht zu. So entschlossen sich 1948 die drei Westmächte zu einer separaten Währungsreform, um wenigstens in ihren Zonen die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Jetzt mußte auch zwangsläufig in der SBZ eine Währungsreform durchgezogen werden, um die Ostzone nicht mit den in den Westzonen ungültig gewordenen Reichsmark-Milliarden überschwemmen zu lassen. Damit war die Spaltung Deutschlands nun auch auf wirtschaftlicher Ebene perfekt geworden. Die neuen Währungen in Ost und West nannten sich beide D-Mark. Es kristallisierten sich jedoch sehr schnell die Bezeichnungen "Westmark" und "Ostmark" heraus. Auf Grund des wirtschaftlichen Ungleichgewichtes stand die Westmark höher im Kurs als die Ostmark.

Bei Eintausch der Ostmark gegen Westmark, in den extra dafür eingerichteten Wechselstellen in Westberlin, wurde eine Westmark für ca. 3,00 bis 5,00 Ostmark verkauft. Ende der fünfziger Jahre stieg der Wechselkurs weiter an. Die Ostmark war von Anfang an eine reine Binnenwährung, deren Ausfuhr oder Mitnahme in das andere Währungsgebiet verboten war. Der Besitz von „Westgeld“ war den Bürgern der Ostzone nicht gestattet. Trotzdem wurde es in den Wechselstuben für Einkäufe in Westberlin eingetauscht.

Als Antwort auf die Einführung der D-Mark West, als gesetzliches Zahlungsmittel in den Westsektoren Berlins, verhängten die sowjetischen Besatzungsbehörden eine totale Blockade aller Schienen-, Straßen- und Wasserstraßenverbindungen von und nach Westberlin. In dieser Zeit, vom 24.06.1948 bis 12.05.1949, konnten die drei Westsektoren Berlins nur durch die Luft, von der in die Geschichte eingegangenen "Luftbrücke", versorgt werden.

Auswirkungen des kalten Krieges in Neuseddin

Für den Bahnhof Seddin hatten die Spannungen zwischen Ost und West ebenfalls Auswirkungen.

Da die Eisenbahntransporte nach Berlin-Grunewald in Westberlin ausfielen, kam diese Zugbildungsrelation zum Erliegen.

Schlimmere Auswirkungen für die Neuseddiner Eisenbahner hatte im Jahre 1949 der Streik der Westberliner Eisenbahner, der von östlicher Seite als sogenannter *UGO-Putsch* bezeichnet wurde. Die Eisenbahn in Westberlin unterstand weiterhin der Deutschen Reichsbahn, also östlicher Verwaltung. Viele Eisenbahner, die in Westberlin wohnten, waren nicht in der ostdeutschen Gewerkschaftsorganisation "FDGB", sondern Mitglied in der westlichen Gewerkschaft der "Unabhängigen Gewerkschafts-Organisation".

Diese Gewerkschaft hatte zum Streik um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem aber um die Durchsetzung der vollen Entlohnung nach Westmark für alle in Westberlin wohnenden Eisenbahner, aufgerufen. Dieser Streik legte den gesamten S-Bahnverkehr in Westberlin lahm. Viele Bürger aus dem Umland, die in diesem Zeitraum noch in Westberlin ihre Arbeitsstelle hatten, waren in großen Nöten, um zu ihren Arbeitsplätzen zu kommen. Das war dann nur auf Umwegen möglich. Damals fuhr noch eine Straßenbahn der BVG bis nach Teltow.

Um den Eisenbahnbetrieb in dieser Zeit wenigstens auf der Fernbahn einigermaßen aufrecht erhalten zu können, wurden Eisenbahner aus der Ostzone und aus Ostberlin, so auch einige Eisenbahner vom Bahnkomplex Seddin, zeitweilig zu Westberliner Dienststellen abgeordnet.

Je mehr die ehemaligen Alliierten des zweiten Weltkrieges durch den "Kalten Krieg" in Europa und vor allem in Asien durch den Korea-Krieg auseinander drifteten, um so größer wurde der Graben zwischen den Besatzungszonen Ost und West im geteilten Deutschland. Alle Konferenzen der Siegermächte über einen Friedensvertrag mit Deutschland scheiterten. Die Standpunkte waren zu unterschiedlich. So kam es, mit Billigung und unter Förderung der Westmächte, in den drei Westzonen 1948 erst zur Bildung des sogenannten *Parlamentarischen Rates* mit der Aufgabe der Erarbeitung einer Verfassung für einen künftigen deutschen Staat. Das Ergebnis war dann die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 in den drei westlichen Zonen. Die sowjetische Zone und die Vier-Sektorenstadt Berlin wurden davon jedoch ausgeschlossen. Jetzt gab die sowjetische Besatzungsmacht grünes Licht für die Gründung eines weiteren deutschen Staates nach ihrem Vorbild in ihrer bisherigen Besatzungszone. Am 07.10.1949 wurde im Ostteil Berlins die Deutsche Demokratische Republik ausgerufen. Die Teilung Deutschlands war damit endgültig vollzogen.

In Neuseddin wird als erster Neubau ein Kulturhaus aus Bombenschutt aufgebaut

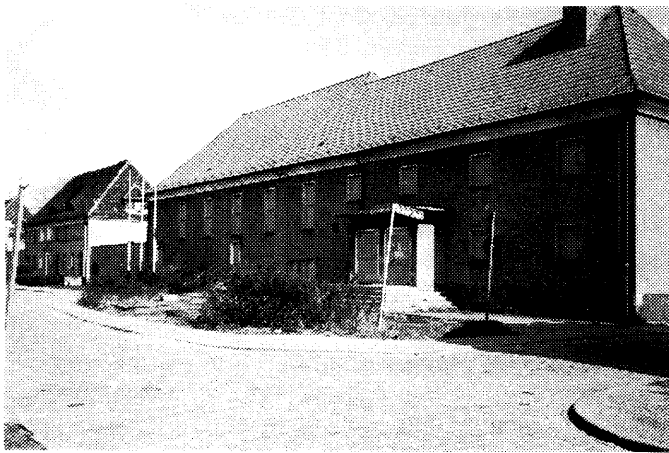
Nach den ersten schweren Jahren des uneingeschränkten Besatzungsrechtes begann in Neuseddin jetzt die eigentliche Aufbauphase.

Das Kulturhaus der Eisenbahner in der Schmiedestraße war 1949 der erste Neubau nach dem Kriege. Es wurde auf dem ehemaligen Standort eines am 20.04.1945 völlig zerstörten Wohnhauses errichtet.

Da es nach Kriegsende in der Siedlung Neuseddin keinen großen Versammlungs-Saal mehr gab, wurde beschlossen, als erstes eine solche Begegnungsstätte für die Einwohner, auch zur Durchführung von Veranstaltungen, zu errichten. Eine kleine Gaststätte war von Anfang an ebenfalls vorgesehen. Beim Bau des Hauses wurden überwiegend Altmaterialien verwendet. Die Mauern entstanden aus den abgeputzten Mauerziegeln der von Bomben zerstörten Häuser. Statt Kalk wurde Karbidschlamm als Mörtel verwendet. Die meisten Arbeitseinsätze erfolgten auf freiwilliger Basis in der Hilfsaktion „Wir bauen auf“.

Auf einer besonderen Karte wurden die Einsätze der einzelnen Helfer bestätigt (ein Vorläufer des späteren „Nationalen Aufbauwerkes“ - NAW).

Es wurden auch Eisenbahner für den Aufbau des Kulturhauses herangezogen. Es waren vorwiegend Jungeisenbahner vom Lehrbauhof Berlin-Marienfelde, die sich dort in Ausbildung befanden. Sie fuhren täglich, statt nach Marienfelde, direkt von ihren Wohnungen auf den Bau nach Neuseddin.



**Das nun
leerstehende
Kulturhaus
der Eisenbahner
(1996)**

**Auftritte des
Kulturensembles
im Kulturhaus
Neuseddin**



Nach Fertigstellung des Rohbaues gab es nicht wenige Einwohner, die dem neuen Gebäude, wegen des Einsatzes der Lehrlinge sowie kaum vorhandener Fachkräfte und wegen der Altmaterialien-Verwendung keine lange Lebensdauer voraussagten.

Dies hat sich aber zum Glück nicht bestätigt. Die Einweihung des Kulturhauses erfolgte am 08. September 1950.

Der Wiederaufbau der Schule in Neuseddin nach dem Krieg

Auf den Grundmauern des ebenfalls im April 1945 von Bomben zerstörten Lehrerwohnhauses wurde ein neues Schulgebäude auf dem Breitenbachplatz mit vier Klassenräumen errichtet. Das neue Schulgebäude wurde im Jahre 1950 zur Nutzung übergeben. Neuseddin hatte damit erstmals eine achtklassige Schule.

Bereits im Jahre 1949 erhielt die Neuseddiner Schule den Namen des einstigen deutschen Eisenbahnkämpfers "Friedrich List".

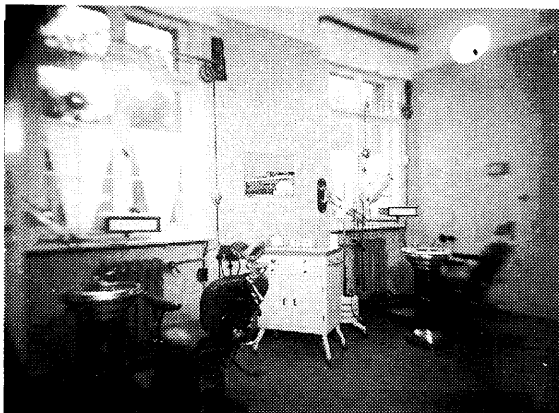
In diese erste Zeit der Aufbauphase auf dem Breitenbachplatz fällt im Jahre 1949 auch die Einrichtung des ehemaligen Landambulatoriums mit einer staatlichen Arztpraxis, einer Zahnstation und der Betriebssanitätsstelle der Eisenbahn im Übernachtungsgebäude.

Erstmals nahm ein praktischer Arzt auch Wohnung im Ort.



**Einweihung des neuen
Landambulatoriums**

Zahnarztpraxis des neuen Landambulatoriums



Neue Vereine und Versorgungseinrichtungen entstehen

Am 02.08.1949 wurde die Betriebssportgemeinschaft Lokomotive (BSG Lok) Seddin-Michendorf mit der Sektion Fußball gegründet.

Im Jahre 1952 erweiterte sich diese BSG um die Sektionen Kegeln, Schach, Ringen und Leichtathletik.

Im Kulturhaus entstand ein Kulturensemble mit dem Namen "Hans Marchwiza".

1950 wurde im Übernachtungsgebäude eine Kinderkrippe und wieder ein Kindergarten eingerichtet. Träger dieser beiden Einrichtungen war die Deutsche Reichsbahn.

Wiederaufbau des zerstörten Bahnhofsgeländes

Parallel zu diesen Aktivitäten im Ort verläuft auch der Wiederaufbau auf dem Bahnhof. Der Rangierbetrieb kam wieder in Gang. Obwohl zuerst nur wenige Gleise zur Verfügung standen, wurde die Zugauflösung und Zugbildung von Güterzügen wieder aufgenommen. Trotz aller materiellen Schwierigkeiten und der oftmals noch mangelhaften Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, gingen die Menschen in Neuseddin in diesen Jahren mit großem Elan an die Aufbauarbeit heran.

Viele Menschen glaubten damals dem Text der neuen Nationalhymne der DDR, die erstmals am 09.10.1949 in der provisorischen Staatsoper, dem bisherigen Admiralspalast in Ostberlin, erklingen war :

*"Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,
laßt uns Dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland."*

So wurde auch in unserem Ort davon ausgegangen

*"Alte Not gilt es zu zwingen und wir zwingen sie vereint,
denn es muß uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie über
Deutschland scheint."*

Die Aufbauarbeiten auf dem Bahngelände gingen nun zügig voran. Schon im Jahre 1950 wurde der Ablaufbetrieb wieder aufgenommen. Nach und nach wurden in der Richtungs- und Ausfahrgruppe West immer mehr Gleise instand gesetzt und standen für die Zugbildung zur Verfügung. Im Jahre 1952 wurde der völlig demontierte Südbahnhof, ehemals als Militärbahnhof genutzt, wieder aufgebaut. Zunächst behelfsmäßig mit sogenannten *Strippengleisen*, bei denen Schienen aus aller Herren Länder Verwendung fanden. Diese Gleise dienten dann wegen des geringen Achsdruckes von maximal 5 t nur dem Sammeln von leeren Güterwagen als Reserve der Hauptverwaltung Wagenwirtschaft, auch leere Schadwagen wurden auf diesen Gleisen abgestellt.

Die Deutsche Reichsbahn entwickelte aber auch ehrgeizige Pläne. Die DDR, im Herzen Europas gelegen, wurde als Eisenbahn-Transitland international interessant. Der Südbahnhof Seddin wurde als Transitknoten für den Ost-West sowie Nord-Süd-Verkehr und umgekehrt ausersehen. Nach zweijähriger Bauzeit konnte die Südgruppe des Bahnhofs Seddin, wie sie reichsbahnamtlich hieß, in erster Ausbaustufe am 01. Juni 1958 in Betrieb genommen werden.

Anfang der fünfziger Jahre wurde auf dem Bahngelände auf der östlichen Bahnseite in einem Gebäude, das im Sprachgebrauch als "Graue Laus" bezeichnet wurde, eine Betriebsberufsschule eingerichtet. In dieser Schule wurden im Jahre 1952 155 Lehrlinge von vier Berufsschullehrern in der Theorie unterrichtet. Bei erfolgreichem Abschluß der Ausbildung hatten sie die Garantie der Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis bei der Deutschen Reichsbahn.

In der seit dem Jahr 1950 bestehenden achtklassigen Schule in Neuseddin wurden von sechs Lehrern insgesamt 242 Kinder unterrichtet.

Im reichsbahneigenen Kindergarten wurden zur gleichen Zeit von fünf Erzieherinnen sechzig Kinder betreut. Die Kinderkrippe hatte eine Kapazität von 17 Krippenplätzen, die von einer Erzieherin betreut wurden. Die Sozialeinrichtungen und Schulen wurden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wesentlich verbessert und erweitert.

Die Einwohnerzahl des Ortes war bis zum Jahre 1950 bereits auf 1.525 Personen angewachsen.

Längst reichte der vorhandene Wohnraum nicht mehr aus. Der umfangreiche Auf- und Ausbau des Bahnhofes erforderte den Zuzug von weiterem Personal, um die ständig steigenden Aufgaben überhaupt erfüllen zu können.

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953

Ein besonderes Ereignis am 17. Juni 1953 ging auch an den Neuseddinern nicht spurlos vorüber. Dieser Tag wurde schon bald in den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik als der „Volksaufstand in der DDR“ bezeichnet und im Westen zum "Tag der deutschen Einheit" zum Feiertag erklärt.

Ausnahmestand bestand im Landkreis und auf dem Bahnhof Seddin mit der zeitweiligen Stationierung von Soldaten der Sowjetarmee.

Zeitzeugen berichten, daß in der Kunersdorfer Straße in Höhe des ehemaligen Trapo-Reviere am 17. Juni überall Flugblätter lagen, die zum Streik auriefen.

Aus dem Dachfenster eines Hauses am Ernst-Kamieth-Platz wurde eine Rakete mit Flugblättern abgeschossen. Die Flugblätter verteilten sich über den ganzen Platz.

Dem Leiter der Kontrollstelle des AZKW (Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs) auf dem Bahnhof Seddin wurde mit Aufhängen gedroht.

Nachdem im Mai 1953 von der Regierung der DDR eine Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens 10% beschlossen wurde, kam es erstmals zu Unruhen unter der Bevölkerung. Anfang Juni verkündete die Partei einen "Neuen Kurs". Es wurden Fehler eingestanden und der Bevölkerung eine Verbesserung der Lebenshaltung

versprochen. Preissteigerungen wurden zurückgenommen, nicht aber die Normerhöhungen. Am 16. Juni traten deshalb die Bauarbeiter der Ostberliner Stalin-Allee in einen Streik, der sich am 17. Juni schnell zu einem Volksaufstand im ganzen Land ausweitete.

Die Westberliner Rundfunksender RIAS und SFB hatten die Meldungen über die Arbeitsniederlegungen über das ganze Gebiet der DDR verbreitet. In Ostberlin und vielen Städten der DDR forderten Demonstranten aus allen Bevölkerungsschichten freie und geheime Wahlen. In vielen Orten waren die Behörden nicht mehr Herr der Lage, so daß es zum Einsatz des sowjetischen Militärs kam.

In 167 von 217 Kreisen des Landes wurde der Ausnahmezustand, in Ostberlin sogar durch den sowjetischen Stadtkommandanten das Kriegsrecht, verhängt. Die Aufstände wurden teilweise durch die Rote Armee blutig niedergeschlagen. Es gab viele Verhaftungen, zahlreiche Tote und Verwundete. Am 21. Juni wurde endlich die Normerhöhung zurückgenommen.

Auf dem Bahnhof Seddin wurde ebenfalls zum Streik aufgerufen, aber nicht befolgt. Es wurden Flugblätter gefunden, die zum Streik aufriefen. Auf vielen Dienstposten entfernten vor allem junge und unzufriedene Kollegen die sogenannten *Roten Ecken* (Wandzeitungen mit Agitationsmaterial).

Es ist aber weder zu Ausschreitungen noch zu Verhaftungen in Neuseddin gekommen.

Trotzdem hatte der Volksaufstand für die Eisenbahner des Bahnhofs Seddin nachträgliche Folgen. Im August stellte die Politische Verwaltung der Deutschen Reichsbahn fest, daß es auf dem Bahnhof Seddin eine zu starke Konzentration ehemaliger NSDAP-Mitglieder gab. Es wurde angeordnet, dreißig dieser Beschäftigten sofort auf andere Dienststellen zu versetzen.

Wohnungsbau - Sozialeinrichtungen - neue Geschäfte

Die Aufbaumaßnahmen wurden nicht nur auf dem Bahngelände, sondern auch im Ort fortgesetzt.

Ab dem Jahr 1953 entstanden die beiden Wohnhäuser Nr. 1 und Nr. 2 am Breitenbachplatz, anschließend der Wohnkomplex Karl-Marx-Straße und das Wohngebäude Waldstraße Nr. 35/37. Leider konnten die zerstörten Wohnhäuser in der Schmiedestraße durch die Reichsbahn bis heute nicht wieder aufgebaut werden. Ein Baustopp der Regierung für solche Bauvor-

haben zwang zur Einstellung derartiger Bauarbeiten. Es durften nur noch typengerechte Häuser aus Investmitteln der Regierung finanziert werden. So konnte nur noch ein Haus in der Schmiedestraße Nr. 11 in seiner ursprünglichen Gestalt rekonstruiert werden.

Die Walstraße In Neuseddin



Die Einrichtungen für die Versorgung der Bevölkerung im Ort wurden in den fünfziger Jahren weiter verbessert.

Die Lebensmittel-Verkaufsstelle des Konsums konnte in neue Räume in der Thielenstraße 5/7 umziehen, wofür allerdings zwei Wohnungen zweckentfremdet werden mußten.

In den bisherigen Räumen des Konsumladens Thielenstraße 8 wurde eine Verkaufsstelle für Industriewaren und Textilien eingerichtet. So etwas gab es bisher in Neuseddin noch nicht. Im Volksmund bildete sich bald darauf die Bezeichnung "Texas-Konsum" für diesen Laden heraus.

In der Thielenstraße 9 wurde, anstelle des dort befindlichen Waschstützpunktes im ehemaligen Schiachthaus der Fleischerei, eine Obst- und Gemüseververkaufsstelle der Konsum-Genossenschaft eingerichtet.

In einem Keller in der Thielenstraße entstand eine Annahmestelle für das Waschen von Textilien. Aus dieser Annahmestelle entwickelte sich später eine Filiale des Dienstleistungskombinates Potsdam für die Reinigung aller Textilien und für Reparaturen von Schuhen und elektrischen Haushaltsgeräten.

Als besonderes Merkmal bleibt auch in dieser Zeit die enge Verbindung und die gute Zusammenarbeit zwischen dem Rat der Gemeinde und den Dienststellen des Eisenbahnkomplexes, obwohl der Ort langsam begann seinen ausschließlichen Charakter als Eisenbahner-Siedlung zu verlieren. Der Eisenbahn bisher zustehende fiskalische Entscheidungen und Verantwortungen gingen 1954 an die Kommune über. So wurde auch das Eigentum an der Schule, an sämtlichen Straßen, einschließlich der Straße durch den Tunnel, dem Friedhof und 5.000 qm Baugrund für den weiteren beabsichtigten Wohnungsbau der Gemeinde übertragen.

Andererseits wurden das Ambulatorium, der Kindergarten und die Kinderkrippe in die Verantwortung und Rechtsträgerschaft der Deutschen Reichsbahn übergeben.

Wahlen in der DDR und staatliche Überwachung der Bürger

Ein paar wesentliche Bemerkungen zu den Wahlen in der DDR :

Im Januar 1950 wurde von der SED das Sekretariat der "Nationalen Front des demokratischen Deutschland" gegründet, später in "Nationale Front der DDR" umbenannt. Die Nationale Front sollte als breiteste Massenbewegung die Bevölkerung für die Ideen des SED-Regimes gewinnen. Die Organisation baute auf Hausgemeinschaften und Wohngebietsausschüsse auf. In Neuseddin entstand ebenfalls ein Ortsausschuß der Nationalen Front.

Als am 15. Oktober 1950 die Wahlen zur Volkskammer, zu den Land- und Kreistagen sowie zu den Gemeindevertretungen stattfanden, war nur die Einheitsliste der Nationalen Front ausschlaggebend und zugelassen. Der Verteilerschlüssel für die Mandate entsprach dem schon zu den Wahlen zum 3. Volkskongreß angewandten Schlüssel. Das offizielle Wahlergebnis konnte daher nur 99,7 % für die Einheitsliste lauten, da Proteste gegen die Einheitsliste als Boykotthetze galten und unter Strafe standen.

Wahlen in der DDR fanden nun nach den „Einheitslisten der Nationalen Front“ statt.

Die Gemeindevertretung in Neuseddin wurde, wie in allen Gemeinden in der DDR, nach dem sowjetischen Vorbild der "Nomenklatura" gebildet. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgte nach einem besonderen Schlüssel. Es mußten entsprechende Prozentanteile Arbeiter, Jugendliche, Frauen, Gewerkschaft usw. vertreten sein. Die Aufstellung wurde immer so vorge-

nommen, daß eine Dominanz der SED-Mitglieder vorhanden war. Um den Schein der Demokratie zu wahren, stellte man die Kandidaten in öffentlichen Versammlungen vor.

Am Wahltag selbst wurden dann die Wahlzettel, laut Einheitsliste, einfach gefaltet und offen in die Wahlurne getan. Die Benutzung einer Wahlkabine und ein geheimes "Ankreuzen" bestimmter Namen war nicht vorgesehen. Theoretisch war es zwar möglich einzelne Kandidaten auf den Stimmzetteln zu streichen, wer jedoch die Wahlkabine benutzte, machte sich schon verdächtig. Die Wähler waren aber aufgerufen, offen ihre Stimme abzugeben und die Wahlkabinen nicht zu benutzen. Um in Neuseddin möglichst eine 100 %ige Wahlbeteiligung zu erreichen, öffneten die Wahllokale bereits um 4.00 Uhr, später um 5.00 Uhr, um den an diesem Tage diensttunenden Eisenbahnern vor bzw. nach Schichtwechsel die Wahl zu ermöglichen. Jede Wahl war mit Wahlgesprächen, besonders am Wahltag, verbunden. Wer am Wahltag nicht in seinem Wohnort anwesend war, erhielt die Möglichkeit auf einem speziellen Wahlschein in einem Sonderwahllokal seine Stimme abzugeben. Es gab in der DDR keine Briefwahl, die ja die nicht vorgesehene geheime Stimmabgabe unterlaufen hätte. Das sollte unbedingt vermieden werden.

Bei jeder Wahl bestand der Ehrgeiz der Wahlverantwortlichen in den Gemeinden und Städten darin, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung und damit Zustimmung für die Einheitsliste zu erreichen. Dies gelang auch immer wieder durch die Wahlbeeinflussung der Wähler. Säumige Wähler wurden in ihren Wohnungen durch „Wahlhelfer“ zur Stimmabgabe aufgefordert. Gehbehinderte Wähler wurden mit PKW zum Wahllokal transportiert. Kranke und bettlägerige Wähler wurden von den Wahlhelfern mit fliegenden Wahlurnen in ihren Wohnungen, ja auch in Krankenhäusern zur Stimmabgabe aufgesucht. Zur Erreichung einer möglichst 100 %igen Wahlbeteiligung waren alle Mittel recht.

Zu bemerken wäre in diesem Zusammenhang noch, daß die Bürgermeister in den Gemeinden nicht von den Einwohnern selbst gewählt werden konnten. Ebenfalls nach einem besonderen Schlüssel war auch hier festgelegt von welcher Blockpartei in den einzelnen Gemeinden die Bürgermeister-Kandidaten zu stellen waren. Die Vorschläge dazu kamen vom Rat des zuständigen Kreises. Die Bestätigung durch die jeweiligen Gemeindevertretungen waren so nur noch eine Formsache. Da das Amt des Bürgermei-

sters keine Wahlfunktion mehr war, konnte dieser auch jederzeit von den Kreisbehörden wieder abberufen werden.

Im Jahre 1952 wurde auf dem 2. Parteitag der SED der planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR beschlossen. Das hatte die Verschärfung des Klassenkampfes, die Überwindung bürgerlicher Ideologien und in der Landwirtschaft den Beginn der Kollektivierung zur Folge.

Teilweise beteiligten sich auch Neuseddiner Einwohner und Eisenbahner-Brigaden auf den umliegenden Feldern an Ernteeinsätzen in der sozialistischen Landwirtschaft.

Neuseddin jetzt im Landkreis Potsdam-Land

Im Juli 1952 wurden auf Beschluß der Regierung in Ostberlin die fünf Länder der DDR aufgelöst. An ihrer Stelle wurden vierzehn Bezirke gebildet, gleichzeitig erfolgte eine Gebiets- und Kreisreform. Darauf wurden im Bezirk Potsdam die Kreise neu gegliedert. Neuseddin, bisher zum Kreis Zauch-Belzig gehörend, wurde in den neu geschaffenen Kreis Potsdam-Land integriert.

Die Hausbücher

Im gleichem Jahr verfügte das Ministerium des Innern die Einführung von Hausbüchern in allen Wohngebäuden. Besondere Hausbuchführer, in der Regel die Hausvertrauensleute, wurden mit der Führung der Hausbücher beauftragt. Jeder Mieter mußte sich und seine Familienmitglieder in das jeweilig für seine Wohnung bestimmte Hausbuch eintragen lassen. Längere Abwesenheit, zum Beispiel bei Besuchen Verwandter in anderen Orten, waren ebenfalls dem Hausbuchführer zu melden und einzutragen.

Alle auf Besuch der Familie in der Wohnung weilenden Verwandten mußten für die Dauer des Aufenthaltes im Hausbuch erfaßt sein. Für Westbesuch galten besondere Kriterien. Sie mußten auch im Hausbuch vermerkt werden, wenn der Aufenthalt nicht länger als 24 Stunden dauerte. Unberührt davon blieb die sofortige Anmeldepflicht für Besucher aus der BRD bzw. aus dem westlichen Ausland bei der zuständigen Meldestelle der Volkspolizei. So waren alle Einwohner, vom Säugling bis zum Greis, und

auch Besucher zwangsläufig und lückenlos erfaßt und durch die Volkspolizei leicht kontrollierbar.

Neue Verfügungen

Im Jahre 1956 sah sich die Gemeindevertretung gezwungen, eine neue Hundesteuerverordnung, eine Vergnügungs- und Kinosteuer zu erlassen, um mit diesen Steuergeldern freiverfügbare Gelder in die schmale Gemeindekasse zu bekommen.

Staatliche Wohnraumlenkung

Eine Forderung der Reichsbahn, die Vergabe der gemeindeeigenen Wohnungen in der Karl-Marx-Straße in die Verfügungsgewalt der Reichsbahn zu übertragen, wurde von der Gemeindevertretung abgelehnt. So bestanden in Neuseddin zwei Wohnungsausschüsse, einmal bei der Gemeinde und einmal bei der Reichsbahn. Beide Ausschüsse waren jedoch bemüht, den vorhandenen Wohnraum objektiv und gerecht zu vergeben.

Aus unterbelegten Drei- und Mehrraumwohnungen sollten Ein- und Zweipersonenhaushalte möglichst in die kleineren Wohnungen in der Karl-Marx-Straße umziehen, um die größeren Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern frei zu bekommen. Obwohl der Wohnraum in der DDR bewirtschaftet war, stieß das Umsetzen doch oft auf große Schwierigkeiten und zum Teil auch auf Unverständnis bei den betroffenen Mietern.

Es wurde auch die Nichtzahlung eines Mietzuschusses für die Neubauwohnungen bemängelt, der bei den Werkwohnungen der Deutschen Reichsbahn üblich war.

Die Miete der kleineren Zweiraum-Neubauwohnungen unterschied sich daher kaum von denen der größeren Wohnungen in der Dr. Stapff- und in der Thielenstraße.

Der erste Glockenstuhl in Neuseddin

Die evangelische Kirche erhielt eine Geländefläche für das Aufstellen eines kleinen hölzernen Glockenturmes in der Waldstraße, neben der Trafostation und dem Pumpenhaus.



Dafür wurde die Kirchenglocke in Apolda von der Firma Schilling gegossen.

Die Glockenweihe erfolgte im Jahre 1958 gemeinsam durch die katholische und evangelische Kirchengemeinde des Ortes.

Später stand der hölzerne Glockenturm auf dem Friedhof in Kähnsdorf (siehe auch Foto S.17), die Glocke blieb in Neuseddin, sie hängt jetzt an einem Stahlgerüst auf dem Gelände der evangelischen Kirche Neuseddin.

**Einweihungsfeier des
Glockenturms im Jahre 1958**

Gedenkstein auf dem Friedhof

Der Grabstein auf dem Friedhof für 12 gefallene deutsche Soldaten des letzten Krieges erhielt eine Inschrift mit dem Text:

"Die Toten mahnen,
April 1945".

Der „Vier-Brigade-Plan“ bei der Deutschen Reichsbahn

Im November 1956 fand im Dienort Seddin ein Forum zur Einführung eines neuen Schichtsystems, des Vier-Brigade-Planes, statt. An dieser Beratung nahm auch der damalige Minister für Verkehrswesen teil. Mit dem Vier-Brigade-System sollte erreicht werden, daß alle Eisenbahner des Betriebs- und Verkehrsdienstes, die im Schichtdienst arbeiteten, von der Hauptdispatcherleitung bis zum kleinsten Bahnhof, schichtmäßig auf Dauer komplex zusammenarbeiten. Man versprach sich gleichzeitig eine wirksamere Verbesserung des Betriebsablaufes. Das hieß, in einem vierwöchigem Turnus arbeiteten immer die gleichen Kollegen nach einem festen Dienstplan und einheitlichen Ablösezeiten. Ziel war weiterhin die Festigung des sozialistischen Gemeinschaftslebens in den einzelnen Brigaden.

Zweifellos stellte der Vier-Brigade-Plan, zuerst auf der Basis der 48 Stundenwoche, später der 45 Stunden- bzw. der 42 Stundenwoche eine wesentliche Verbesserung in der Dienstplangestaltung und damit auch der Arbeitsbedingungen der Schichtdienstler dar. Während vorher, nach dem alten Drei-Schichtsystem, den Beschäftigten nur jeder dritte Sonntag zur persönlichen freien Verfügung stand, hatte er jetzt jeden zweiten Sonntag dienstfrei. Von den Schichtdienstlern wurde jedoch die sonntägliche Ablösezeit der 12 Stundenschichten von Sonnabend 22.00 Uhr bis Sonntag 10.00 Uhr und die folgende Tagesschicht von 10.00 Uhr bis 22.00 Uhr sehr negativ beurteilt und sehr stark kritisiert.

Gegen diese Ablösezeiten gab es auch in Seddin erhebliche Widerstände. Zur Durchsetzung dieser angeordneten Ablösezeiten wurde sogar die Transportpolizei herangezogen, um einen Schichtwechsel um 6.00 Uhr bzw. 18.00 Uhr zu verhindern. Es war ein Fall bekannt geworden, wo ein Lokleiter des Bahnbetriebswerkes Seddin fristlos entlassen wurde, weil er mit seinem Kollegen den Schichtwechsel zu um 6.00 Uhr bzw. 18.00 Uhr vereinbart hatte. Nach einigen Jahren gab man den Forderungen der Schichtdienstler nach und änderte die Schichtwechselzeiten an den Wochenenden auf 6.00 Uhr und 18.00 Uhr.

Mit der Einführung des arbeitsfreien Sonnabends im Jahre 1967 wurde der Vier-Brigade-Plan derart umgestaltet, daß jeweils zwei Brigaden am Sonnabend und Sonntag dienstfrei hatten, während die beiden anderen Brigaden an diesen Tagen die jeweils mit zwölf Stunden laufenden Tages- und

Nachtschichten leisteten. Damit war erreicht, daß jeder Schichtdienstler zwei dienstfreie Wochenenden zur Verfügung hatte. Dieser Schichtplan wurde von allen betroffenen Eisenbahnern positiv aufgenommen. Er bewährte sich auch und hatte bis zum Jahre 1991 Bestand.

In Vorbereitung der fälligen Wahlen des Jahres 1957 wurden von den Einwohnern, dabei öffentlich, folgende Probleme in den Versammlungen aufgeworfen:

- der unhaltbare Zustand der Kunersdorfer Straße mit seinem Feldsteinpflaster vom Ortsausgang bis zur Fernstraße Potsdam-Beelitz-Wittenberg,
- die Beseitigung der restlichen Häusertrümmer in der Schmiedestraße und die Wohnraumwerterhaltung sowie Fragen zur besseren Versorgung der Einwohner.

Die Wahlen selbst fanden nach altbekanntem Muster am 23.06.57 statt. Die Ergebnisse der Wahlen wichen deshalb auch nur geringfügig von den vorhergehenden Wahlen ab.

Die freiwillige Feuerwehr erhielt in diesen Wahljahr endlich ein modernes Löschfahrzeug.

Hinter dem Gemeindebüro in der Waldstraße entstand ein Wirtschaftsgebäude, in dem eine Propanflaschen-Annahmestelle in einer Garage eingerichtet war.

Später diente das Haus als Jugendclub. Zur Schaffung von Baufreiheit für neue Wohngebäude in der Dr. Albert-Schweitzer-Straße wurde das Gebäude im Jahre 1994 ersatzlos abgerissen.

Die Aufbaujahre 1952 bis 1964 waren durch große Aktivitäten der Bürger beim Wohnungsbau, besonders bei den Erdarbeiten für die Häuser der Karl-Marx-Straße und der Dr. Albert-Schweitzer-Straße gekennzeichnet. Nach einer Festlegung der Gemeindeverwaltung sollte nur *der* Bürger neuen Wohnraum erhalten, welcher mindestens dreißig freiwillige Stunden Arbeitseinsatz nachweisen konnte. Diese Festlegung hatte bis 1965 Gültigkeit.

Die Tradition in Neuseddin den Mietern auch Hausgärten zur Verfügung zu stellen, wurde bei diesen Neubauten weitergeführt.

Probleme mit dem Trinkwasser

Bereits im Jahre 1957 wurden die ersten Kritiken der Einwohner über die nicht ausreichende Versorgung mit Trinkwasser laut. In den Sommermonaten, wenn bei Trockenperioden die Gärten stärker bewässert wurden, fiel der Druck in den Wasserleitungen so stark ab, daß in den oberen Stockwerken der Häuser teilweise kein Wasser mehr aus den Wasserhähnen floß. Die Häuser der neuen Straßen wurden leider immer nur an die vorhandenen Ringleitungen angeschlossen. An eine Erneuerung bzw. Querschnittserweiterung des gesamten Rohrleitungssystems war aus finanziellen Gründen nicht zu denken. Die Qualität des Trinkwassers ließ damals schon Wünsche offen. Die Versorgung mit Trinkwasser erfolgte über den Wasserturm der Deutschen Reichsbahn, dessen Wasserbehälter nicht voll ausreichend abgedeckt war. Was aus den Leitungen kam, war nach heutigen Gesichtspunkten eigentlich nur Brauchwasser, aber kein Trinkwasser. Wasserproben wurden zwar regelmäßig genommen und entsprechende Untersuchungen auch durchgeführt. Die Ergebnisse blieben jedoch geheim und wurden nicht veröffentlicht. Bis zur Erneuerung des gesamten Frischwasserleitungsnetzes im Ort mit Kappung der Zufuhr aus dem Reichbahnnetz, wurde bis dahin das Wasser kostenlos von der Reichsbahn an die Haushalte geliefert.

Nach Fertigstellung der Karl-Marx-Straße konnte die Verbindungsstraße zur Waldstraße infolge Arbeitskräfte-, Geld- und Materialmangel nur mit Schlacke befestigt werden.

Schon in den fünfziger Jahren organisierte die Nationale Front Wettbewerbe zur Verschönerung der Orte. Später liefen diese Wettbewerbe dann unter dem Motto "Schöner unsere Städte und Gemeinden, mach mit". Auf diese Art und Weise sollten die Bürger in freiwilliger Eigeninitiative Arbeitsleistungen in ihrer Gemeinde verrichten, wofür der Staat keine Gelder ausgeben konnte oder wollte. Es wurde deshalb an die Bereitschaft, den Ehrgeiz und Fleiß der Bürger appelliert. Bei den Wettbewerben im Kreismaßstab nahm Neuseddin immer vordere Plätze ein, darunter mehrmals erste Plätze.

Zwei Tendenzen zeichneten sich jedoch im öffentlichem Leben der Einwohner ab. Einerseits die ausgeübten großen Aktivitäten, andererseits traten in immer stärkerem Maße Gleichgültigkeit und Verstöße gegen bestehende Bestimmungen auf, so daß Ordnung und Sauberkeit in manchen Wohnbereichen doch sehr zu wünschen übrig ließen.

Leider fehlten oft auch die Voraussetzungen, um bei solchen Arbeiten anfallenden Schutt und Müll ordnungsgemäß zu entsorgen. Die Folge war, daß außer organischen Stoffen auch Gerümpel einfach in den Wald gekippt wurde. Dies ist leider auch heute noch teilweise anzutreffen. Die damals bestehende Möglichkeit, eine große, an der Autobahn vor der Raststätte Michendorf liegende Grube als Deponie zu nutzen, wurde von der Bevölkerung des Ortes, meist aus Bequemlichkeit, nur wenig genutzt. Es war eben einfacher, Sperrmüll, Haushaltsgeräte und sonstige Rückstände hinter der Waldstraße im damaligem Kuschelgelände abzulagern. Dort war damals, im Gegensatz zu heute, ein zentraler Lagerplatz. Wenn nötig, sorgten die Kameraden der freiwilligen Feuerwehr ab und zu für Ordnung in diesem Bereich. Als dies später nicht mehr möglich war, wurde der Wald an seinen Wegrändern zur dezentralen wilden Müllkippe.

Die Asche- und Hausmüllbeseitigung aus den Haushalten wurde immer noch, wie vor dem Kriege, bis Ende der fünfziger Jahre von einer Firma Krieg mit Pferdegewinn ausgeführt. Erst im Jahre 1960 konnte in unserem Ort die moderne Müllentsorgung eingeführt werden, als die Firma das Fuhrgeschäft aufgab.

1958 – Ende der Rationierung von Lebensmitteln

Im Jahre 1958 wurden nach rund 19 Jahren (seit 1939) endlich die Lebensmittelmarken in der DDR abgeschafft. Die bisherigen Preise der auf Lebensmittelkarten bezogenen Waren wurden angehoben und die HO-Preise gesenkt. Die Preiserhöhungen insgesamt blieben so einigermaßen sozial verträglich. Mit der Aufhebung der Lebensmittelkarten war das Zeitalter der Rationierungen endgültig vorüber. Es gab genügend Lebensmittel, auch wenn das allgemeine Warenangebot noch viele Wünsche offen ließ. Autos, Fernsehgeräte, Kühlschränke oder Waschmaschinen gab es nur auf Vorbestellung, mit mehrjähriger Lieferfrist oder aber "gute Beziehungen" beschleunigten den Kauf. Vor allem Importartikel blieben noch lange Zeit Mangelware.

Im Jahre 1960 wird im Ambulatorium eine Röntgenabteilung in Betrieb genommen, die eine wesentliche Verbesserung der Behandlung für die Patienten darstellte.

Vor dem Friseurgeschäft in der Thielenstraße stellte die Deutsche Post eine öffentliche Fernsprechkabine auf. Sie war bis zum Jahre 1990 die einzi-

ge öffentliche Telefonzelle, die durchgehend benutzt werden konnte. Leider fiel der Fernsprechapparat sehr oft durch mutwillige Zerstörungen aus. Zur Vermeidung dieser Zerstörungen wurde das Fernsprechhäuschen in die Kunersdorfer Straße in Nähe des Gebäudes des damaligen Transportpolizei-Reviers umgesetzt, welches jetzt die Deutsche Bahn AG für technische Dienstbereiche nutzt.

Weiterhin wurde in den sechziger Jahren im Konsum-Lebensmittelgeschäft in der Thielenstraße eine Teil-Selbstbedienung eingeführt.

Gründung des Spielmannzuges Neuseddin

Die freiwillige Feuerwehr gründete einen Spielmannszug, der sich bis heute behauptet hat und sich sowohl im Ort als auch in der Umgebung bei groß und klein uneingeschränkter Beliebtheit erfreut.

Im Ort wurde außerdem ein Rentnerclub eingerichtet und im Mai 1961 der neue Schulhort im ehemaligen Werkstattgebäude auf dem Schulhof am Breitenbachplatz eröffnet.

Die Gemeinde erwarb von der Eisenbahn das ehemalige Pumpenhaus des alten Wasserwerkes gegenüber dem Personenbahnhof und baute es zu einem Jugendclub aus und übergab es der Neuseddiner Jugend zur Freizeitnutzung.

In diesem Gebäude befand sich seit 1943 nach den Brand der alten Gaststätte Babien die Gaststätte Peter, im Volksmund "Pappeelse" genannt.

Nachdem die Gaststätte Albert Peter 1944 infolge eines Luftangriffs abgebrannt war, wurde sie nach einem Ausbau des alten Pumpenhauses 1945 wiedereröffnet.

Außerdem wurden in diesem Jahre umfangreiche Erdarbeiten für Be- und Entwässerungsanlagen in der geplanten "Berliner Straße" in freiwilligen Arbeitseinsätzen vorgenommen. Diese Straße sollte südlich und parallel zur Waldstraße verlaufen, sie ist jedoch nie gebaut worden. Insofern waren diese Arbeiten völlig sinnlos. Die damals verlegten Rohre sind inzwischen verrottet. Anstelle der geplanten Straße wurden dort Anfang der siebziger Jahre Kleingärten angelegt.

Die Transitleitstelle

Aufgrund des sich steigenden Transitverkehrs wurde im Februar 1961 die Transitleitstelle der Deutschen Reichsbahn auf dem Bahnhof Seddin, als Transitznotenbahnhof der DDR eingerichtet.

Der Zeltplatz am Nordufer des Großen Seddiner Sees

Auf dem jetzigen Zeltplatz am Seddiner See wurden die ersten vorbereitenden Maßnahmen für dessen Inbetriebnahme vorgenommen. Die offizielle Eröffnung erfolgte mit Beginn der Campingsaison 1962. Es wurde jedoch schon vorher dort, unter Verantwortung des Revierförsters, vereinzelt gezeltet.

Der 13. August 1961 - Abriegelung der DDR und Ostberlins vom Westen Deutschlands

Der 13. August 1961, der Tag des Mauerbaues in Berlin, brachte auch viel Leid für die Neuseddiner Bürger mit sich. Zahlreiche Einwohner, die wegen günstiger Verkehrsverbindungen ihre schon jahrelang inne gehaltenen Arbeitsstellen in Westberlin hatten, verloren ihre gewohnten, nun unerreichbaren Arbeitsstätten und mußten sich einen neuen Arbeitsplatz suchen. Viel schlimmer aber wirkte sich dieser sogenannte *Antifaschistische Schutzwall* auf alle Familien und Einwohner in der DDR aus. Alle waren nun praktisch eingemauert. Direkte Kontakte zu in Westdeutschland lebenden Verwandten waren brutal unterbunden, der westliche Teil Deutschlands und Berlins für alle unerreichbar geworden. Wie Hohn klang damals die amtliche Regierungserklärung: "Die Maßnahmen des 13. August 1961 retten den Frieden in Europa". Noch ein paar Wochen zuvor hatte der damalige Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht erklärt: "Kein Mensch hat die Absicht eine Mauer zu errichten".

Mit Beginn des Jahresfahrplanes 1962 wurde im Südsystem des Bahnhofs Seddin, zwischen der Richtungsgruppe Süd und der Einfahrgruppe Nord, eine "Kontrollgruppe" als Zollbahnhof mit sieben Gleisen und einer hohen Umzäunung, in Betrieb genommen. Alle Güterzüge von und nach Westber-

lin, die über den Grenzbahnhof Drewitz führen, erhielten in der Kontrollgruppe eine zolltechnische Abfertigung durch das dort stationierte Grenzzollamt und eine gesonderte Sicherheitskontrolle durch die Transportpolizei. Es sollte verhindert werden, daß Bürger der DDR, in diesen Zügen versteckt, illegal nach Westberlin gelangen konnten. Es wurden deshalb auch speziell dafür ausgebildete Hunde eingesetzt, die auf, unter und in den Waggonen nach Flüchtlingen suchten.

Die Kontrollgruppe durfte auch nur mit Sondergenehmigung von den Eisenbahnern betreten werden. Jeweils am Ost- und Westende der offenen Ein- bzw. Ausfahrten für die Güterzüge zur Kontrollgruppe waren Postentürme errichtet, von denen aus die nicht mit Zaun gesicherten Stellen bewacht wurden. Mit der Wende verschwand im Jahre 1990 die Kontrollgruppe, und die Gleise werden wieder als Abstell- und Rangiergleise benutzt.

Im Jahre 1962/63 wurde das Abwasser-Pumpenhaus in der Waldstraße in Betrieb genommen.

Es bildete sich im Ort aus Interessenten ein eigener Briefmarkenzirkel, auch die Taubenzüchter organisierten sich.

Anstelle des bisherigen Amtes eines Schiedsmannes, wurden auf Weisung der Regierung, in den Gemeinden Schiedskommissionen sowie in den Betrieben und Dienststellen „Konfliktkommissionen“ gebildet.

Die Jahre 1962 / 1963

Erst große Waldbrände, dann eisige Kälte

Zwei Ereignisse machten in diesem Jahr von sich reden. Ein großer Waldbrand entstand im Sommer durch Funkenflug von der Eisenbahn, bei dem eine Fläche von 25 ha wertvoller Waldbestand vernichtet wurde.

Der Winter 1962/63 wurde so ungewöhnlich kalt, daß die Schule nicht mehr ausreichend beheizt werden konnte. Es gab daher für die Schüler außerplanmäßig "kältefrei".

Die freiwillige Feuerwehr erhielt im Jahre 1963 wieder einen Schlauchtrocken-Turm. Bisher mußten nach Brandeinsätzen oder Übungen die nassen Schläuche umständlich und zeitaufwendig zum Trocknen in eine in der Nähe stehende Pappel gehängt werden. Der Trockenturm vereinfachte diese Arbeiten und die Schläuche waren nicht mehr der Witterung ausgesetzt.

Die Einwohnerzahl Neuseddins war im Jahre 1964 schon auf 1.731 Personen angewachsen und sie sollte sich in den folgenden Jahren noch weiter erhöhen.

AWG - Neubau in der Dr.-Albert-Schweitzer-Straße

Als letzter Baukomplex in dieser Entwicklungsperiode entstand im Jahre 1965 das Wohngebäude in der Dr.-Albert-Schweitzer-Straße. Zur finanziellen und materiellen Absicherung des Vorhabens wurde hierfür speziell eine Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft (AWG) gegründet. Ein Großteil der Arbeiten wurden diesmal von den AWG-Mitgliedern, den künftigen Mietern, in Eigenleistungen erbracht.

Die Eisenbahn war zu diesem Zeitpunkt , bis auf wenige Ausnahmen, der einzige Arbeitgeber im Ort. Es fehlte jede Infrastruktur. Vor allem gab es keine Gewerbebetriebe. Das änderte sich auch in den nächsten 25 Jahren noch nicht.

Neuseddin - Standort für einen NVA-Truppenteil

Im Jahre 1968 wurde für unseren Ort eine völlig neue Entwicklungsphase eingeleitet. Neuseddin wurde als Standort für einen NVA-Truppenteil aussersehen. Mit der vorgesehenen Verlegung eines Straßenbau-Regimentes der NVA aus Doberlug ergaben sich für den Ort und deren Einwohner wesentliche Vorteile. Während für das NVA-Gelände eine Waldfläche, ca 1.000 m außerhalb des Ortes, linksseitig der Zufahrtstraße zur Fernstraße Potsdam-Beelitz-Leipzig, der jetzigen B2, bebaut wurde, entstand ebenfalls linksseitig der Kunersdorfer Straße eine neue Wohnsiedlung (heute Lärchenweg 1- 10), vorwiegend für Offiziers-Familien und Zivilbeschäftigte. Im Zuge dieser Baumaßnahmen entstanden ein neues Schulgebäude, eine Turnhalle, eine kombinierte Kindereinrichtung und eine Kaufhalle.

Ein neues Wohnviertel entsteht - Die Hans-Beimler-Straße

Im Jahre 1971 wurden die ersten zwei Wohnhäuser dieser Siedlung, die den Namen Hans-Beimler-Straße erhielt, bezugsfertig. In Etappen wurde dann weitergebaut. Gleichzeitig wurde der „Knüppeldamm“, die Verlängerung der Kunersdorfer-Straße zur jetzigen Bundesstraße 2, von Zivilkräften und vom Truppenteil asphaltiert. Dies war auch eine Forderung des Handels zur Belieferung der Kaufhalle gewesen, da der Handel seine Kraftfahrzeuge auf der mit grobem Kopfsteinpflaster versehenen Straße nicht zu Schrott fahren wollte. Im Jahre 1989 wurde der letzte Wohnblock in der Hans-Beimler-Straße (die Nummern 50 ff) noch kurz vor der Auflösung des Bauregimentes von den Soldaten fertiggestellt. Insgesamt sind in diesem Wohnkomplex Hans-Beimler-Straße 537 Wohnungen entstanden. Ein geringer Anteil dieser Wohnungen (Die Nr.11 bis 15 und die 70er Nummern) wurden im Auftrag der Deutschen Reichsbahn für Eisenbahner-Familien errichtet.

Der ursprüngliche Charakter des Ortes als reine Eisenbahnergemeinde wurde dadurch aufgelöst. Auch die fünfgeschossigen Wohngebäude in Großplattenbauweise, mit Fernheizung und Warmwasserversorgung, standen im krassen Widerspruch zu den teilweise mit starken Baumängeln behafteten Wohnhäuser im alten Ortsteil.

Die neue Kaufhalle

Mit der Eröffnung der neuen Kaufhalle in der Kunersdorfer Straße im Jahre 1973 wurden die bisherigen Konsum- und HO-Geschäfte in der Thielenstraße geschlossen. Gegen die Schliessung des Fleischerladens protestierten die Einwohner vergeblich. Ein Teil der Neuseddiner Hausfrauen wollte diese Fleischerei erhalten wissen, da dort preisgünstig und qualitätsgerecht eingekauft werden konnte. Leider war aber die Meinung der Bevölkerung nicht gefragt. Die wertvolle Einrichtung, vor allem der große Kühlraum, wurde herausgerissen und aus dem Geschäft eine Wohnung gemacht. Obwohl in der Kaufhalle auch ein kombinierter Fleisch- und Wurststand vorhanden war, fuhren viele Neuseddiner Familien, besonders an den Wochenenden, nach Beelitz, um sich dort bei den noch privaten Fleischern mit Fleisch- und Wurstwaren einzudecken.

Der Laden der ehemaligen Drogerie wurde Büro des Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei, der dort auch seine Sprechstunden für die Bevölkerung abhielt. Später wurde der Raum dann in einen Blumenladen umfunktioniert.

In die ehemalige Verkaufsstelle für Textil- und Wirtschaftswaren zog die Deutsche Post mit einem Postamt ein.

Das Dienstleistungskombinat Potsdam übernahm den geräumten Konsum-Lebensmittelladen und konnte so seinen Service hier in Neuseddin wesentlich erweitern.

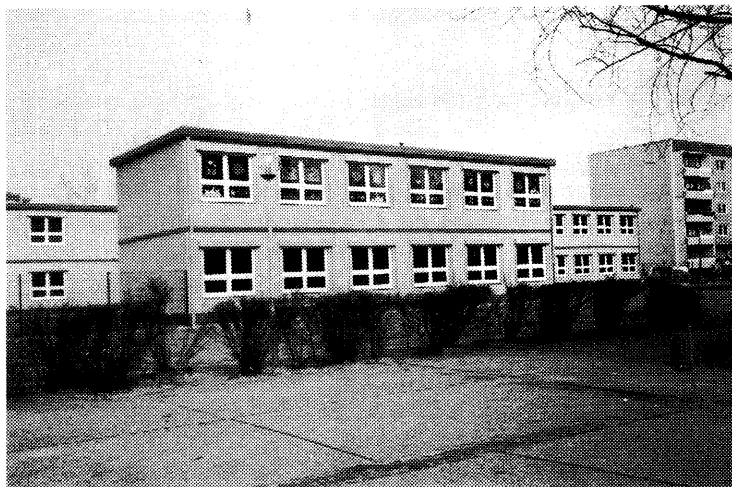
Der Friseursalon wurde, auf Initiative des Inhabers, um die Räume des bisherigen HO-Ladens erweitert.

Größere Mittel zur Verbesserung der Handelseinrichtungen standen jedoch nie zur Verfügung. Ein geplantes "Dorfkaufhaus" wurde nie gebaut.

Die neue Schule in der Hans-Beimler-Straße

Im Jahre 1972 wurde die neue Schule im Wohngebiet Hans-Beimler-Straße in üblicher DDR-Typenbauweise fertiggestellt. Der Bau erfolgte fast illegal, aber in einer Rekordzeit. Auf der Baustelle soll das erste Mal Sprechfunk zur Verständigung eingesetzt worden sein.

Die NVA-Dienststelle errichtete mit eigenen Mitteln daneben eine Sporthalle, die auch der Schule und sportinteressierten Einwohnern Neuseddins für eine kostenlose Benutzung bereitstand.



Trotz Bürgerfleiß - sozialistische Mangelwirtschaft

Im Ort Neuseddin wurden durch Bürgerfleiß, den Initiativen der Dienststellen und dem Willen zur Verbesserung des Ortsbildes große Leistungen erbracht.

So fielen die angeordneten und gemeinsam organisierten Wettbewerbe der Nationalen Front der DDR, unter dem Motto "Schöner unsere Städte und Gemeinden, mach mit", durch die Festlegungen in abgeschlossenen Komunalverträgen stets auf fruchtbaren Boden.

In diesen Jahren wurden folgende Gebäude oder Einrichtungen durch die Einwohner, einschließlich der Schüler und Jugendlichen, den Kollegen aus den Dienststellen der Eisenbahn, später auch durch das Straßenbau-Regiment „Robert Siewert“ teilweise in freiwilliger Arbeit, gebaut oder gestaltet:

- 1963 -Verlegung von Gehwegplatten in der Waldstraße, von der Ecke Dr. Stapff-Straße bis Ernst-Kamieth-Platz.
 -Desgleichen in der Karl-Marx-Str. vor den Häusern 2-16
- 1964-66 -Sportlerheim auf dem Sportplatz errichtet, mit Räumen für die Betriebs-Sportgemeinschaft, den Schulsport und ein Raum für den Rentnertreff.
- 1965-66 -Ausbauarbeiten in Nebenräumen der Schule zur Gewinnung von zusätzlichen Klassenräumen. So wurde die Erweiterung von 8 auf 10 Klassen ermöglicht.
- 1965 -Den Rest des Bürgersteigs in der Waldstraße mit Gehwegplatten versehen
 -Auch in der Karl-Marx-Straße wurden vor den Häusern 1-11 Gehwegplatten verlegt und damit die Befestigung der Bürgersteige in beiden Straßen abgeschlossen.
 -Auf dem Zeltplatz wurde eine ordentliche Toilette mit Grube gebaut.
- 1966 -Beginn der Errichtung von Hausgärten für die Bewohner des AWG-Blocks in der Dr. Albert-Schweitzer-Straße

- 1967-68 -Bau von neuen Schultoiletten auf dem Schulhof am Breitenbachplatz / Schmiedestraße und
-Beginn des Erweiterungsanbaus Schulhort
- 1968 -Gärtnerische Gestaltung des Ernst-Kamieth-Platzes
- 1969 -Auf dem Ernst-Kamieth-Platz, Bürgersteig vor den Häusern 1 - 7 gepflastert, die andere Seite war bereits befestigt.
-Fertigstellung Anbau für den Schulhort.
-Räume für Unterstellung von Sportgeräten auf dem Sportplatz gebaut.
-Rodelbahnberg in der Dr.Albert-Schweitzer-Straße mit 6.000 Kubikmetern Erde und Rückständen aus Bauvorhaben der Eisenbahn vom Bahnhof Seddin mit Unterstützung der Reichsbahn-Dienststellen errichtet.
- ab 1969 -Neugestaltung der Straßenbeleuchtung. Austausch der Metallmasten gegen Betonmasten.
-Verkabelung von Freileitungen.
-Durchführung aller Reparaturen, Instandsetzungen und regelmäßige Wartung der gemeindeeigenen elektrischen Anlagen in freiwilliger Arbeit
-Anlegen eines Gehweges an der Kunersdorfer-Straße am Sportplatz
- 1971 -Gestaltung des Jugendclubs hinter der Gemeindeverwaltung Waldstraße/ Dr. A.-Schweitzer-Str.
-Beleuchtung in der alten Schule auf stromsparende Neonlampen umgerüstet
- ab 1972 -Im Rahmen der Ortserweiterung Hans-Beimler-Straße Bau eines Parkplatzes hinter der Kaufhalle
-Erweiterungsanbau an der Kaufhalle für Flaschenrücknahme
- ab 1972 -Schaffung von Nebenräumen
Ausbau von Räumen für die Dienstleistungsannahmestelle in der Thielenstraße.
-Einrichtung einer Gemeindeschwesternstation in der

Waldstraße 25 (im ehemaligen alten Postamt,
jetzt Praxis von Fr. Dr. Garnitzer)
-Bau von Trainingsräumen für die Ringersparte der BSG
hinter der Sporthalle
-Anlegen eines Parkplatzes in der Schmiedestraße
gegenüber dem Kulturhaus der Eisenbahner

- 1974 -Rekonstruktion des Sportplatzes mit Einbau einer
Flutlichtanlage
- 1978 -Einweihung des durch westliche Spendenmittel neu
erbauten Paul-Gerhardt-Kirchsaales in der Waldstraße 33
zur ökumenischen Nutzung durch die evangelische und
katholische Kirchengemeinde
Auf dem Zeltplatz am Seddiner See :
-Errichtung eines kleinen Gebäudes für Wohnunterkunft
des Zeltplatzleiters
-Einrichten eines Mülltonnen-Abstellplatzes
-Schaffung eines Stromanschlusses zur elektrischen
Versorgung
- 1979 -Fertigstellung des ersten Evangelischen Pfarrhauses in
Neuseddin
- 1980-83 -Erweiterung des Jugendclubs mit Schaffung von
Sanitäranlagen
- 1987 -Befestigung der Straßen auf dem Ernst-Kamieth-Platz mit
Betonfahrbahn vor den Nummer 1 bis 7. Dafür wurden die
Fußwege vor den Häusern entfernt.
- 1989 -Umbau und Erweiterung des Feuerwehr-Gerätehauses,
Schaffung von zwei Stellplätzen für Löschfahrzeuge
-Einrichtung einer Kinderarztpraxis in der Waldstraße 25
ehemalige Gemeindeschwesternstation)

Vieles wurde in den Jahren der Existenz der DDR von den Bürgern in freiwilliger Arbeit geschaffen. Jedoch trotz Bürgerfleiß , sicher auch mit gutem Willen der örtlichen Behörde und der Bereitstellung zusätzlicher Gelder

durch die Deutsche Reichsbahn zur Unterhaltung und Instandsetzung der Wohngebäude konnten Mängel und Schäden an den Häusern im Ort nicht umfangreich beseitigt werden. Baubetriebe wurden von den Bauämtern der Kreise anderweitig mit Bauarbeiten beauftragt, so daß kaum Kapazitäten für die Instandsetzung der Wohnungen zur Verfügung standen.

Es gab auch nur wenige Betriebe des Mittelstandes, denen aber ebenfalls ihre Bauleistungen vorgegeben wurden. Baumaterialien waren im freien Handel kaum zu bekommen und nur für die vom Bauamt vorgesehenen Bauleistungen vorgesehen. Diese Misere wirkte sich ebenfalls negativ auf die Unterhaltung der Gebäude aus. Die für die Unterhaltung der Wohnungen zuständige technische Dienststelle konnte daher mit ihren eigenen Handwerkern nur kleinere Instandsetzungen vornehmen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Bausubstanz gerade im alten Ortsteil unter diesen Bedingungen sehr litt. Dachrinnen gingen zu Bruch, so daß sich teilweise in Wohnungen und Kellern Schimmel bildete. Dächer wurden undicht und ein Großteil der Schornsteinköpfe befand sich in einem desolaten Zustand. Die Reichsbahn, als Eigentümer der Häuser, hatte wegen fehlender Zuteilung von Bau- und Gerüstbaukapazitäten durch die Bauämter der Kreise keine Möglichkeit eine umfangreiche Instandsetzung vorzunehmen. Es blieb alles nur Stückwerk.

Bei der Erneuerung schadhafter Fenster wurde in den 80er Jahren gewissermaßen mit einem Trick gearbeitet. Bei Einverständnis des Mieters besorgte dieser neue Kippfenster, baute diese auch selbst ein und erhielt die Kosten einschl. Einbau erstattet. So positiv die Fenstererneuerung einzuschätzen war, so wirkte sie sich doch ein wenig negativ auf das Ortsbild aus, da die Einheitlichkeit in der Fassadengestaltung durchbrochen wurde. Den Mietern in den Wohnungen und der zuständigen Rb.-Dienststelle störte dies jedoch wenig. Dichte Fenster waren ihnen wichtiger, waren sie doch Voraussetzung für warme Räume im Winter.

Nicht alle Wohngebäude der Eisenbahn wurden bis 1983 durch die Reichsbahn selbst verwaltet und unterhalten. Dies bezog sich nur auf die Schmiedestraße. Die Gebäude in der Wald-, Thielen- und Dr. Stapff-Straße unterstanden der Reichsbahn-Siedlungs-Gesellschaft, einer privatrechtlichen Gesellschaft, die in ihrem Verantwortungsbereich noch auf eine gewisse Einheitlichkeit bestand. Diese Gesellschaft paßte jedoch ab 1983 nicht mehr in das sozialistische Konzept und wurde daher aufgelöst. Die Verwaltung der Gebäude wurde direkt der Deutschen Reichsbahn übergeben. Die übernommenen Gebäude der drei Straßen wurden denen der

Schmiedestraße gleichgestellt. Die Miete betrug damals über viele Jahre nur pro qm 44 Pfennige.

Das über 70 Jahre alte Wasserver- und Entsorgungsnetz wurde bis zur Wende nicht erneuert. Die Wasserversorgung der Gemeinde erfolgte bis dahin kostenlos von der Deutschen Reichsbahn.

Leider wurden die Straßen im Ort während der Bauarbeiten auf dem Gelände des Bahnhofs Seddin durch Baufahrzeuge sehr in Mitleidenschaft gezogen. Vor allem die Bürgersteige in der Schmiede-, teilweise auch in der Thielen- und Dr. Stapff-Straße befanden sich in einem schlechten Zustand. Die geringe Straßenbreite läßt ein Begegnen breiter Kraftfahrzeuge ohne ein Ausweichen auf den Gehweg mit einer Spur nicht zu.

Die 40 Jahre Sozialismus in der DDR haben in vielen Städten und Gemeinden, so auch in Neuseddin, einen beachtlichen Zuwachs an neuem Wohnraum entstehen lassen. Leider wurden dabei die Ortsbereiche mit ihren alten Wohnkomplexen stiefmütterlich behandelt und vernachlässigt, teils bewußt, teils unbewußt.

Mit der Wende im Jahre 1989 ist die Ära „Sozialismus und DDR“ Gott sei Dank ohne Blutvergießen und friedlich beendet worden.

Viele Bürger unseres Heimatortes fragten damals:

„Was wird uns die Zukunft bringen?“